

Österreich in der Krise: Regierung muss jetzt radikale Reformen umsetzen!

Österreich steht vor einer tiefen Rezession. Forderungen nach Reformen und Entlastungen werden laut, während die Wirtschaft stagniert.

Österreich, Österreich - Österreich befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Laut aktuellen Berichten befindet sich die österreichische Volkswirtschaft 2023 im dritten Jahr in Folge im Schrumpfungsmodus, und die Prognosen sind alles andere als optimistisch. Das Wifo erwartet ein Minus von 0,3 Prozent, während das IHS von einem Rückgang von 0,2 Prozent ausgeht. Selbst die Österreichische Nationalbank (OeNB) sieht ein Minus von 0,1 Prozent für 2023 vor. Diese besorgniserregenden Entwicklungen führen zu sinkenden Steuereinnahmen und einem steigenden Sparbedarf, was die Situation zusätzlich verschärft. Der Fiskalratsvorsitzende Christoph Badelt mahnt, dass die teilweise Abschaffung der Kalten Progression zu erheblichen Einnahmeverlusten führen könnte. **Die Presse** berichtet zudem, dass Österreich als Höchststeuerland mit Rekorderinnahmen und gleichzeitig einem hohen Budgetdefizit gilt.

In der aktuellen Situation fordern verschiedene politische Akteure und Ökonomen Reformen, um die Herausforderungen zu bewältigen. FW-Generalsekretär Reinhard Langthaler kritisiert sowohl die jetzige als auch die vorherige Bundesregierung dafür, dass notwendige Reformen versäumt wurden. Er drängt auf eine radikale Entbürokratisierung sowie steuerliche Entlastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Zustimmung findet Langthalers Forderung nach niedrigeren Energiepreisen für Unternehmen

und Konsumenten. „Wir müssen einen Reformkurs einschlagen, der die Ausgabenseite in den Griff bekommt“, fordert Langthaler. Trotz anhaltender Bemühungen sieht die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich düster aus, da das Land im europäischen Vergleich keine Fortschritte erzielt.

Kosten und Belastungen steigen

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat auch zur Folge, dass die Arbeitslosenquote laut IHS von 7 Prozent im Vorjahr auf 7,5 Prozent steigen wird. Dies bringt zusätzliche Belastungen für die öffentliche Hand mit sich, da die Ausgaben für Pensionen, Gesundheit und Zinsen für Staatsschulden steigen. Für 2023 wird ein Budgetdefizit von 3,3 Prozent vorausgesagt, was von 4,1 Prozent im Vorjahr einen leichten Rückgang darstellt. Größere Sparmaßnahmen werden in Erwägung gezogen, darunter die Abschaffung des Klimabonus, die Einsparungen von rund 2 Milliarden Euro bringen könnte, sowie geplante Förderkürzungen und Einsparungen in Ministerien von insgesamt 1,1 Milliarden Euro ab 2026.

Des Weiteren könnte die Abschaffung der Bildungskarenz für 2023 bis zu 350 Millionen Euro und für 2024 sogar 650 Millionen Euro an Einsparungen erzielen. Österreich könnte sich somit auf ein bevorstehendes Defizitverfahren einstellen, da die Prognosen für 2026 ebenfalls keine positiven Entwicklungen erwarten lassen, wobei die Unsicherheit über mögliche weitere Rezessionsjahre im Raum steht. Laut **WKO** wird auch der Inflationsrate für 2023 bei 2,7 Prozent und für 2024 bei 2,1 Prozent prognostiziert, was die ohnehin schon angespannte Lage verstärkt.

Zukunftsausblick und nötige Reformen

Die düstere wirtschaftliche Lage verdeutlicht, dass ernsthafte Reformen unerlässlich sind, um eine Fortsetzung der Rezession zu vermeiden. Wifo-Direktor Gabriel Felbermayr hebt hervor, wie wichtig es ist, jetzt zu handeln, um in den kommenden Jahren

ein Wachstum zu fördern. Die Hoffnungen ruhen auf einem leichten Aufschwung im Jahr 2024, wobei Wifo ein Wachstum von 1,2 Prozent und IHS von 1,1 Prozent prognostizieren. Aber alles hängt von den internationalen Rahmenbedingungen und der politischen Stabilität ab. Somit wird deutlich, dass Österreichs Regierung konkret handeln muss, um die negative Trendwende nachhaltig zu korrigieren.

Details	
Ort	Österreich, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.diepresse.com • www.wko.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at